

ren Teilhabern an der Steuer durchzusetzen.

Der Landtag hat darauf verzichtet, die Finanzaufweisungen des FAG 75 im Nachtragshaushalt 75 an die berechtigten Haushaltsansätze anzupassen. Andernfalls hätten die Zuweisungen für 1975 an die Gemeinden um rund 670 Millionen DM gekürzt werden müssen. Die SPD-Fraktion wird prüfen, ob und in welchem Umfang die Verrechnung dieses Betrages im Finanzausgleich 1977 erfolgen muß.

Die SPD-Fraktion begrüßt, daß im Gegensatz zu einigen anderen Bundesländern in NW der Anteil der Gemeinden an der Verbundmasse nicht gesenkt werden muß und weiterhin 28,5 Prozent beträgt. Sie unterstützt nachdrücklich den Vorschlag der Regierung, für 1976 das Verhältnis zwischen allgemeinen und zweckgebundenen Zuweisungen von bisher 3:1 auf nahezu 4:1 zu ändern, damit den Gemeinden höhere Mittel zum Etatausgleich zur Verfügung stehen.

F.D.P.: Hilfe und Selbsthilfe

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Abgeordnete Hans Robertz:

Hilfe und Selbsthilfe muß jetzt das Gebot für die kommunale Finanzwirtschaft sein. Die Bürger müssen deutlicher als bisher erkennen, daß alle Ansprüche an die Leistungskraft ihrer Gemeinden letztlich ihr eigenes Portemonnaie belasten.

Für die politischen Repräsentanten kommt es darauf an, ein den veränderten finanziellen Möglichkeiten entsprechendes neues Selbstverständnis zu finden. Nicht der Ratsherr, der im Interesse der von ihm vertretenen Bürger immer neue Investitionen und Dienstleistungen der Gemeinde anregt, handelt verantwortungsbewußt, sondern der Ratsherr ist gefragt, der durch wohlüberlegte Argumente nicht notwendige Ausgaben zu verhindern weiß.

Für die Verwaltungen der Gemeinden kommt es darauf an, den Bürgern alle erdenklichen Sparvorschläge zu unterbreiten. In vielen Gemeinden gibt es hier bemerkenswerte Beispiele für einen in Zeiten der vollen Kassen undenkbareren Ideenreichtum. Die kommunalen Spitzenverbände haben ihrerseits Vorschläge gemacht.

Selbsthilfe allein reicht jedoch nicht aus. Die Hilfe besonders des Landes muß hinzukommen. Die F.D.P. hat nicht zuletzt durch die von ihr gestellten Innenminister dazu beigetragen, daß NW bis heute das nachweislich gemeinderefreundlichste Bundesland ist. Auch für das Jahr 1976 sind zusätzliche Hilfen für die Gemeinden vorgesehen. Die 1974 an die Gemeinden zuviel geleisteten Finanzierungen in Höhe von 670 Millionen DM fordert das Land in diesem Jahr nicht zurück. Der Verbundsatz wird trotz der Kürzungen in anderen Bundesländern und trotz geringerer Landeseinnahmen nicht gesenkt. Vielmehr wird der Entwurf des Finanzausgleichsgesetzes mit Unterstützung der F.D.P.-Fraktion noch verbessert werden.

Die kostenmäßigen Auswirkungen neuer Gesetze für die Gemeinden müssen nach Auffassung der F.D.P.-Fraktion von den Landespolitikern stärker als bisher gewürdigt werden.

Porträt der Woche

Eigentlich wollte Wilhelm Schlüter die 8. Wahlperiode des nordrhein-westfälischen Landtages gar nicht mehr als Abgeordneter mitmachen. Aber dann wurden aus den bis dahin zwei lippischen Wahlkreisen drei geschnitten, und damit war Not am Mann. So kam es, daß der Hauptschulrektor a. D. am 4. Mai 1975 sich zum dritten Male als direkt gewählter Abgeordneter der SPD aus dem lippischen Teil Nordrhein-Westfalens gratulieren lassen konnte. Und er wurde in das Präsidium des Landtags entsandt.

„Nach Mandaten und Funktionen hat der Jubilar nie gestrebt. Sie sind ihm zugefallen, weil bei seinen politischen Freunden seine Lauterkeit und Redlichkeit unbestritten und sein umfassendes Wissen gepaart mit einem immensen Fleiß und nie ermüdender Einsatzbereitschaft anerkannt wird.“ Mit derlei Lobpreis, wenn er, wie auch in diesem Fall, zur Feier eines 60. Geburtstages erschallt, ist es natürlich so eine Sache; das bestätigte auch Schlüter mit einem Grien und Kopfnicken. Aber die Richtung dieses Lobpreises stimmt für ihn.

Denn mag er mittlerweile auch ein alter Fuhrmann sein im politischen Geschäft — dies auch im ursprünglichen Wortsinne, denn aus dem Lippischen zum Landtag zu fahren braucht besonders viel Zeit — und mag er seit dem Beginn seiner politischen Arbeit im Rat der Gemeinde Werl-Aspe und dann später als Fraktionschef im Stadtrat von Bad Salzuflen allerhand gelernt und auch mitgemacht haben — einer, der die Politik wesentlich auch zur Befriedigung von Geltungsstreben und Eitelkeit betreibt, ist Schlüter beileibe nicht. In einem Thesenpapier zum „Selbstverständnis der Abgeordneten“, das die „Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft“ Anfang 1975 ihren Mitgliedern schickte, hat Schlüter jedenfalls zwei Punkte am Rande mit einem deutlichen „Nein“ versehen. Er sieht sich im Landtag nicht als „jemand, der sich politische Macht verschaffen will“ (und als „Vertreter von Interessen seines Standes“ mochte sich das GEW-Mitglied auch nicht verstehen).



Wilhelm Schlüter (SPD)

„Der Abgeordnete verkörpert das menschliche Element im Apparat der Macht. Er hat dafür zu sorgen, daß von mehreren annehmbaren Lösungen die menschlich überzeugende den Vorrang vor der technokratisch perfekten erhält.“ Diesem Selbstverständnis hat Schlüter freilich nicht immer Bahn brechen können. Und weil ihm das nicht möglich war, hat er — Sohn eines preußischen Bahnbeamten und also korrekt — beispielsweise mitten in der vorigen Legislaturperiode den Ausschuß für Verwaltungsreform verlassen. Ihm wurde die Arbeit des sogenannten „Zehnerclubs“, in dem alle drei Parteien die strittigen Fragen der kommunalen Neugliederung quasi oberhalb der Fraktionsebene ausgehandelt haben, „unheimlich“. Die früheren Neuordnungen seien „wesentlich sorgfältiger gemacht“ gewesen, meint Schlüter. Und in seiner Ansicht, daß „manche Entscheidung weniger von der Sache her und kaum im Interesse der Bevölkerung getroffen“ worden ist, sieht er sich durch die Urteile des Landesverfassungsgerichtshofes bestätigt. „Jetzt muß einiges repariert werden.“ Seit Mai wieder im Ausschuß für Verwaltungsreform, um die Zuständigkeitsreform mitgestalten zu können, will Schlüter nun auch bei diesen Reparaturarbeiten erst einmal mit anfangen.

Daß Wilhelm Schlüter in seiner knappen Freizeit angelt, besser: sich als „Sportfischer“ (darauf besteht er, wenngleich lächelnd) betätigt, weist ihn als einen Menschen der geduldig-verträglichen Sorte aus: und davon kann's auch im Landtag nie genug geben.

Hartwig Suhrbier